

Politik

Johannes Varwick: Warum ich für ein Duell zwischen Wagenknecht und Weidel bin

Daniela Dahn wehrte sich gegen Rücktrittsforderungen und verteidigte das BSW gegen den Vorwurf der AfD-Nähe. Johannes Varwick geht in der Debatte noch einen Schritt weiter: Er befürwortet einen Schlagabtausch zwischen den Parteivorsitzenden

Von **Johannes Varwick**

08.07.2026



Diesen Artikel anhören



00:00 / 06:22 1X

BotTalk

Dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wird aufgrund eines in einem offenen Brief der Parteispitze formulierten Angebotes zu einem „Duell“ zwischen Sahra Wagenknecht und Alice Weidel eine Nähe zur AfD unterstellt. Man fische im Trüben, die alte Hufeisentheorie – die politischen Extreme links und rechts seien sich in ihren antidemokratischen und autoritären Tendenzen eben ähnlicher als sie glaubten – wird aus der Kiste geholt und BSW und AfD in

Empfehlung der Woche

Buch

Event

einen Sack gesteckt.

„Bündnis Sahra Weidelknecht“ titelte die taz
. Union, SPD und Grüne kritisierten unisono
den angeblichen Tabubruch und den Angriff
auf die Brandmauer zur extremen Rechten.
Doch ist an diesem Vorwurf wirklich etwas
dran – oder steckt hinter der Empörung eine
ganz andere, viel drängendere Frage?

Tatsächlich handelt es sich, wie Daniela Dahn
es nennt, um eine denunziatorische Verdrehung
der Fakten. Die bewusste Verklärung der
Intention (Duell) zu einer Annäherung (Duett)
könnte man als unlauteres und durchschaubares
Getöse abtun, schließlich ist Wahlkampf
nichts für politische Feinschmecker und jeder
mobilisiert für sich so gut er kann. Das darf auch die vermeintliche Mitte. Doch
dahinter steht mehr.

Wer den Faschismus vor der Tür stehen sieht, grenzt sich verständlicherweise maximal ab

Die Auseinandersetzung um den richtigen Umgang mit einer Partei wie der „Alternative für Deutschland“, die in allen Umfragen deutschlandweit stärkste politische Kraft ist, in Sachsen-Anhalt sogar bei über 40 Prozent liegt, spaltet Deutschland. Das ist nachvollziehbar. Und diese Debatte ist notwendig. Klar ist: Wer mit der AfD den Faschismus vor der Tür stehen sieht, der muss zu maximaler Ausgrenzung kommen, anders als diejenigen, die in der AfD eine „normale“ rechte Partei sehen, die Mitbewerber im politischen Wettbewerb ist.

Die zunehmend aufgeheizte Stimmung der Berliner Republik spiegelt das wider: AfD-Parteitage werden blockiert, Journalisten angegriffen, Meinungsfreiheit immer nur der anderen Seite zugestanden. Doch in unserer wehrhaften Demokratie gibt es ein klar geregeltes Verfahren, wie entschieden wird, ob eine Partei jenseits oder diesseits des Akzeptablen agiert. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet auf Antrag der Bundesregierung oder mit einfacher Mehrheit des Bundesrates



Die Paradoxie des Wettrüstens

Friedrich Glasl

Hardcover, gebunden
341 Seiten
39 €

Zur Empfehlung

auf Antrag der Bundesregierung, oder mit einfacher Mehrheit des Bundestages oder des Bundestages, darüber, ob eine Partei verboten wird.

Dafür genügt allein die Verbreitung verfassungsfeindlicher Ideen ebenso wenig wie für manche inakzeptable politische Forderungen. Hinzukommen müssen, so hat es das Bundesverfassungsgericht definiert, eine „aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ sowie konkrete Anhaltspunkte dafür, dass ein Erreichen der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele nicht völlig aussichtslos erscheint.

Trotz aller politischen Diskussionen über ein Verbot der AfD liegt bisher nicht einmal ein solcher Antrag vor. Und deshalb hat die AfD das Recht – auch wenn man sie für unangenehm, schädlich oder gar gefährlich hält –, bei Wahlen anzutreten. Und gewählt zu werden.

Die AfD ist politischer Gegner, nicht Partner

Daran ändert auch die Einstufung des Verfassungsschutzes nichts, der einzelne Landesverbände als rechtsextrem einstuft. Daraus folgt: Die AfD ist politischer Gegner, nicht Partner. Sie bietet mehr als genug Angriffsflächen, und die konkrete und sachliche Auseinandersetzung mit ihrer Programmatik kann dies vergleichsweise einfach deutlich machen. Kein Wunder, dass Weidel sich der vom BSW eingeforderten Debatte nicht stellen will. Zu kneifen ist ihr gutes Recht, aber das erspart nicht die weiter offene Frage: Wie umgehen mit der AfD?

Die radikale Abgrenzungs- und Ausgrenzungsstrategie hat jedenfalls bisher nicht dazu geführt, dass die AfD kleiner geworden ist. Im Gegenteil: Im Schatten der Brandmauer fährt sie ein Rekordergebnis nach dem anderen ein. Das permanente

Abgrenzungsbedürfnis und verzweifelte „Wählerbeschimpfung“ lösen die bestehenden Probleme ebenso wenig wie parlamentarische Gegen-Koalitionen nach dem Motto „alle gegen einen“.

Das gilt auch für womöglich sogar gut gemeinte „Brandmauern“, die ausschließlich dazu dienen, unliebsame Parteien von der Macht fernzuhalten. Es kann nicht im Sinne der Demokratie sein, große Wählergruppen dauerhaft und systematisch auszugrenzen oder eine faktisch handlungsunfähige Groß-Koalition aller gegen

einen zu bilden. Wenn die bisherige maximale Ausgrenzungsstrategie nicht länger trägt oder nur dazu führt, dass die AfD tatsächlich allein an die Macht kommt, weil sie an der absoluten Mehrheit kratzt, dann ist ein Strategiewechsel notwendig.

Im Umgang mit der AfD ist eine Doppelstrategie sinnvoll

Dazu kann eine Doppelstrategie sinnvoll sein: Ablehnung der ohnehin wirkungslosen (wenn nicht gar kontraproduktiven) Brandmauer und zugleich Veränderung der politischen Praxis in Deutschland mit bislang wenig diskutierten Alternativen.

Modelle wie Minderheitsregierungen und wechselnde Mehrheiten passen bisher zwar nicht zur etablierten Funktionslogik parlamentarischer Demokratie, sie sind aber Bestandteil einer Debatte darüber, wie die nach den Landtagswahlen im Herbst absehbare Blockade auflösbar sein könnte. Instrument dafür kann eine sogenannte „Bürgerregierung“ unter der Führung eines überparteilichen und parteilosen Ministerpräsidenten sein.

Eine solche Regierung müsste sich wechselnde Mehrheiten für ihre Gesetzesvorhaben in jedem Einzelfall organisieren und sich im Parlament über Parteigrenzen hinweg austauschen – auch mit jenen, die man ablehnt. Regieren wäre instabiler als in klassischen Koalitionsregierungen, aber wenn Minderheits- oder „Bürgerregierungen“ eine gewisse Handlungsfähigkeit jenseits einer AfD-geführten Regierung brächten, wäre das keine schlechte Option.

Auch wenn sich Wählergruppen überschneiden: AfD und BSW trennen Welten

Es braucht mithin eine Debatte über politische Gestaltungsoptionen in überaus polarisierten Zeiten. Ideen für neue Strategien politischer Mehrheitsbildung und des Regierens unter neuen Bedingungen sind kein Tabubruch, sondern verantwortliche und vorausschauende Politik.

AfD und BSW trennen Welten – auch wenn sich Wählergruppen überschneiden, die zu Recht unzufrieden mit dem Kurs der etablierten Parteien in zentralen Fragen wie Krieg und Frieden, Migration oder Meinungsfreiheit sind. Schon deshalb spricht alles dafür, dass sich Wählerinnen und Wähler darauf verlassen können,

dass mit den Stimmen des BSW nach den Landtagswahlen unter keinen Umständen eine Person zum Ministerpräsidenten gewählt wird, der/die von der AfD kommt. **F**

Johannes Varwick (geboren 1968) lehrt seit 2013 Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Er ist Mitglied der Grundwertekommission des BSW